

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 20

Artikel: Nichteinmischung à la Hitler : Moskauer Stirnrunzeln und Belgrader Zeitungsverbot
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

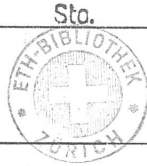
№ 1 916 498

26. SEP. 1969

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



10. Jahrgang Nr. 20
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 24. September 1969

Moskauer Stirnrunzeln und Belgrader Zeitungsverbot

Nichteinmischung à la Hitler

Wie eng der jugoslawische Spielraum ist, darauf wies unmittelbar vor Gromykos Besuch in Belgrad die Beschlagnahmung einer Zeitung hin, in welcher die sowjetische Okkupation der Tschechoslowakei behandelt wurde. Was die jugoslawische Regierung selbst verurteilt hatte, durfte die jugoslawische Presse nicht im gleichen Sinne dokumentieren.

Bei der beschlagnahmten Zeitung handelte es sich um die Belgrader literarische Zeitschrift «Knjzevne Novine», die 14täglich erscheint. In ihrer Nummer vom 30. August hatte sich ihr Redaktor Zoran Gluscevic aus der Distanz von einem Jahr mit der Invasion der CSSR befasst. Von einem Bild, das flanzierende sowjetische Soldaten in Prag zeigt (siehe unten), liess er sich zu «Fünf Variationen auf das Thema des heissen Prager Frühlings 1968» inspirieren. Unter anderem verglich er die sowjetischen Touristen in Uniform mit dem Sight-seeing deutscher Soldaten in Paris während des Weltkrieges.

Das Verbot der Ausgabe durch das Bezirksgericht Belgrad erfolgte aus Rücksichtnahme auf die Sowjetunion. In der Begründung der gerichtlichen Verfügung wurde betont, der beanstandete Artikel gefährde «die Aufrechterhaltung direkter freundschaftlicher Beziehungen zwischen Jugoslawien und den Ländern, auf die der Artikel sich bezieht».

Grotesk wird die Urteilsbegründung, wenn sie betont, die jugoslawische Regierung habe in ihrer seinerzeitigen Stellungnahme zu den Ereignissen in der CSSR im Unterschied zum Artikel

von Gluscevic die Souveränität der betreffenden Warschauer-Pakt-Staaten in keiner Weise angetastet. Die Souveränität der Sowjetunion, die Drittländer nach Belieben okkupiert, wird also durch eine freie Meinungsäusserung in der Presse bedroht! Und diese Auslegung muss man sich sogar in Ländern, welche die Zerfetzung staatlicher Souveränität durch die UdSSR missbilligt haben, zu eigen machen, um den grossen Gebieter zu besänftigen.

Genau im gleichen Sinne hat mittlerweile die wiederum gleichgeschaltete Presse der Tschechoslowakei von der Schweizer Presse «Nichteinmischung» in die tschechoslowakischen Angelegenheiten verlangt, und genauso hatte auch Hitler seinerzeit in den Nachbarländern die Nichteinmischung verstanden haben wollen.

Der Staatsanwalt in Belgrad hat ausgeführt, Gluscevic's Artikel stehe im Widerspruch zu den «Grundprinzipien der Aussenpolitik unseres Landes, die eine enge internationale Zusammenarbeit mit allen Ländern der Erde auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten befürwortet». (Fortsetzung Seite 6)



«Die sowjetischen Besatzungstruppen im goldenen Prag betrachten die Barockschönheiten der Stadt.» Bild und Legende aus der verbotenen Nummer von «Knjzevne Novine». Von diesem Bild liess sich Redaktor Zoran Gluscevic zu antifaschistischen Betrachtungen inspirieren, die als Anschlag auf das freundschaftliche Verhältnis mit der Sowjetunion empfunden wurden.

IN DIESER NUMMER

Wird Rumänien müde?	2/3
Von Leonida Popescu	
Lateinamerika-Uebersicht	4/5
Von Alphonse Max	
UdSSR als Erbin Hitlers	6/7
Von Laszlo Revesz	
Ehe und Liebe in Osteuropa	8/9
Von Ervin György	
Die Ungarn-Chinesen	10
«Prawda» schildert Spionenjagd	11

Bibliothek der
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

Briefe

Nieder mit den
Spei d'elcker in
der Völkermörder
des USA-Kapitalisten

Frei, Ihr Lakaien

Lang lebe die Sowjet-Union

G. Gogobülow

(Red: Der vermutliche Zusammenhang dieses anonymen Schreibens aus Thun: In der Nacht auf den 13. September mit seinen Demonstrationen gegen Westmoreland wurde in grossen roten Buchstaben auf die Wand des Schweizerischen Ost-Instituts der Slogan «Westmoreland go home» hingemalt. SOI-Mitarbeiter malten als Antwort darunter: «Und vergiss uns nicht in der Not, 1914—1918, 1939—1945.» Die lokale Presse brachte das, und unser Briefschreiber war er-zürnt.)

Zusammenhänge

Die Ausmachungen des Freundschaftsvertrages Nationalsozialismus-Sowjetsozialismus gelten weiter

Am 28. September vor dreissig Jahren teilten sich die beiden Diktatoren, die im Namen von Sozialismus und Arbeiterpartei regierten, nämlich Hitler und Stalin, Polen in einem Sondervertrag auf. Im Unterschied zum Nichtangriffspakt der beiden Mächte vom 23. August 1939, der von den Sowjets mit einer gelogenen Interpretation immerhin zugegeben wird, verschweigt man sowjetischerseits bis heute den viel weiter gehenden späteren Vertrag. Mit gutem Grunde. Denn es erweist sich, dass die Sowjetunion als einziger Staat der Welt weiterhin territoriale Geschenke von Hitler verwaltet und im wortwörtlichen Sinne am Hitlerschen Erbe festhält. Die übrige friedliebende Welt hält sich peinlich an dieses Tabu, denn nichts darf erwähnt werden, was an die Identität erinnert, die in der Methodik der Machtausübung zwischen Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus besteht. Wenn man dieser Gemeinsamkeit den Namen Faschismus geben will, dann ist in der Tat die Sowjetunion die am reinsten und stärksten übriggebliebene faschistische Macht

der Welt. In der polnischen Frage aber ist die UdSSR auch ohne jede Auslegung ganz direkt die Erbin Hitlers und gedenkt es zu bleiben.

Am 23. August 1939 wurde in Moskau der Nichtangriffspakt zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion abgeschlossen und ein geheimes Zusatzprotokoll über die Teilung Polens («Teilungsvertrag») unterzeichnet. Hitler ersuchte am 3. September 1939 die Sowjetregierung, das ihr gemäss Teilungsprotokoll zufallende polnische Interessengebiet zu okkupieren; die Sowjetregierung entschloss sich am 14. September denn auch dazu, als die polnische Niederlage erkennbar war und somit jedes Risiko entfiel.

In der Nacht vom 16. auf den 17. September begann darnach der sowjetische Einmarsch. Die vorgerückten deutschen Einheiten wichen 120 bis 150 Kilometer zurück, um der Roten Armee sowohl Mittelpolen als auch einen grossen Teil Galiziens zu übergeben, und zwar, wie das Oberkommando der deutschen Wehrmacht zu rühmen wusste, «in bestem Einvernehmen». Am 25. September fand in Brest-Litowsk eine ge-

meinsame deutsch-sowjetische Parade statt. Polen war den verbündeten Mächten zum Opfer gefallen.

Am 28. September wurde das Geheimprotokoll vom 23. August in der Form eines «Grenz- und Freundschaftsvertrages» zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion bestätigt, wiederum in Moskau. Damit war die vierte Teilung Polens vollzogen.

Der Text des Vertrages lautet:

«Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschliesslich als ihre Aufgabe, in diesem Gebiete die Ruhe und die Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über Folgendes geeinigt:

Artikel 1: Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiet des bisherigen polnischen Staates die Linie fest,

Nichteinmischung à la Hitler

(Fortsetzung von Seite 1)

In seiner Antwort auf gleichzeitige Angriffe gegen ihn in «Kommunist», Belgrad, fragt Zoran Gluscevic, warum man ihn denn nur antisowjetisch nenne und nicht auch antiamerikanisch,

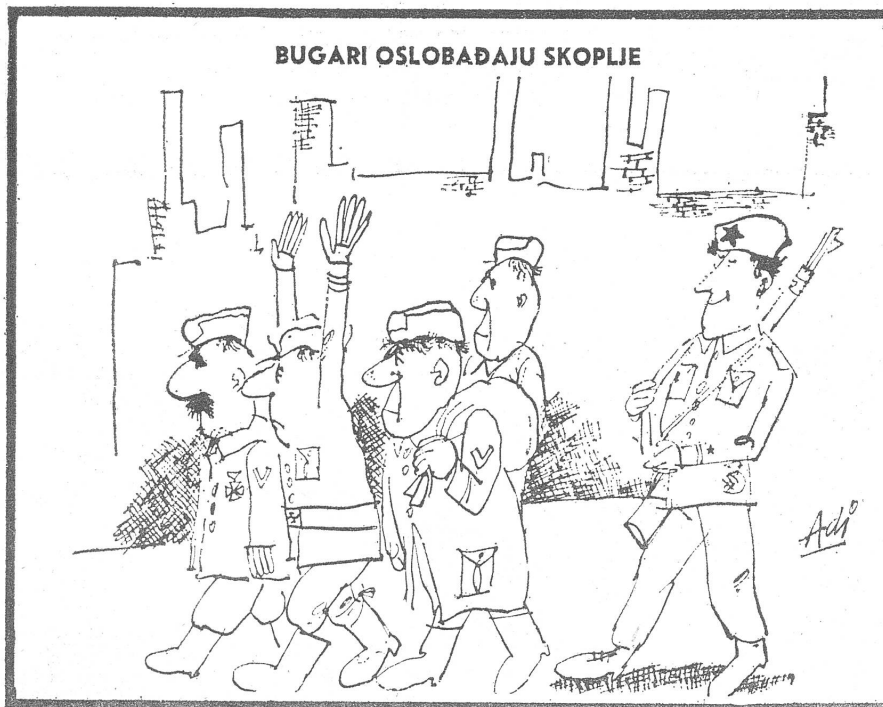
nachdem er sich doch im gleichen Artikel auch gegen die amerikanischen Truppen in Vietnam gewandt habe? Sein Artikel sei antiimperialistisch, weil er sich gegen jegliche Okkupation von fremden Ländern richte. («Knjizevne Novine» vom 13. September.) Ist denn Antiimperialismus in Jugoslawien ein Verbrechen?

Aus Gluscevic's «Variationen», die in Jugoslawien kein Publikum erhalten durften, seien hier einige Stellen zitiert:

«Vergesst nicht die Gesichter auf diesem Bild. Schneidet es aus und hebt es auf. Vielleicht schon morgen werden diese gleichen Leute in unserm Land erscheinen, und zwar ohne Uniform, in Zivilkleidern, mit dem Ausdruck naiver Touristen, welche die Schönheiten von Stadt und Land bewundern. Glaubt es nicht... Auch dann nicht, wenn sie bescheiden, demütig und menschlich sind. Menschlich macht sie die Zivilkleidung...

Auch wenn sie lachen und photographieren, wenn sie neugierig um sich schauen, wenn sie etwas bewundern und ihre Hände vor Freude ausstrecken, sie bleiben eingeschaltet. Nichts davon verpflichtet sie: Befehl ist Befehl. Wenn man es ihnen befiehlt, tauschen sie sofort ihre angeborene Güte und ihr lachendes Gesicht gegen die Uniform aus. Dass sie euch zuvor erlaubt hatten, Zeugen ihrer menschlichen Augenblicke zu sein, verpflichtet sie nicht mehr, sobald der Befehl aus der Kommandozone eintrifft. Und jene, die in Zivilkleidern euch gegenüber freundlich, aufrichtig, unmittelbar und menschlich gewesen waren, zurückgekehrt in die Uniform werden sie zu erbarmungslosen Vollstreckern der Gewalt. Vergesst diese Gesichter nicht...

Die Politiker dieser Soldaten wissen, was sie wollen. Sie haben die teuflische Wissenschaft der Beherrschung menschlichen Geistes gut gelernt. Für diese Soldaten gibt es keine Anfechtung mehr. Alles, was sie sehen, hören oder fühlen sollen,



Eine besonders scharfe antibulgarische Karikatur von «Oslobodenje», Sarajevo: «Die Bulgaren befreien Skopje.» Die Anspielung geht darauf, dass die Bulgaren im Kriege indirekt von Hitler als Besatzungsmacht in Jugoslawisch-Mazedonien eingesetzt waren. In der Zeichnung ist unter der ironisch «brüderlichen» Schlagzeile tatsächlich ein jugoslawischer Partisan zu sehen, der bulgarische kollaborationistische Soldaten abführt. Damit wird auch die heutige mazedonische Politik Bulgariens, eines besonders strammen sowjetischen Satelliten, in eine Reihe mit der Hitlerschen Politik gestellt.

die in der anliegenden Karte eingezeichnet und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel 2: Beide Teile erkennen die im Artikel 1 festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel 3: Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt in dem Gebiete westlich der in Artikel 1 angegebenen Linie die deutsche Reichsregierung, in dem Gebiet östlich dieser Linie die Regierung der Sowjetunion.

Artikel 4: Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel 5: Dieser Vertrag wird ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.»

Am gleichen Tag erliessen die deutsche und die sowjetische Regierung eine gemeinsame Erklärung mit folgendem Wortlaut:

«Nachdem die Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion durch die heute unterzeichnete Vereinbarung endgültig die sich aus der Auflösung des polnischen Staates ergebenden Fragen geregelt und damit eine sichere Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie gemeinsam der Meinung Ausdruck, dass es den wahren Interessen aller Nationen entsprechen würde, dem zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand zu beenden. Die beiden Regierungen werden deshalb gemeinsame Bemühungen unternehmen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit andern befreundeten Mächten, um möglichst rasch zu einem Ziele zu gelangen. Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die

Tatsache festgestellt, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle der Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der Sowjetunion sich gegenseitig über die erforderlichen Massnahmen konsultieren würden.»

Wie das Deutsche Nachrichtenbüro aus Moskau meldete, begründete die Sowjetregierung dem polnischen Botschafter in Moskau gegenüber den Einmarsch der Sowjettruppen in Polen (der in flagranter Verletzung des auf sowjetische Initiative hin zustande gekommenen polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1933 erfolgt war) folgendermassen:

Der sowjetische Einmarsch erfolgte «unter voller Wahrung der Neutralität Sowjetrusslands im gegenwärtigen Konflikt».

Gleichzeitig erklärte die sowjetische Regierung, sie betrachte den polnischen Staat «zurzeit» als nicht mehr existierend.

*

Dass die Sowjetunion sich völlig bewusst ist, welch schändlichen Vertragsbruch sie im Einklang mit Hitler beging, wird unter anderm dadurch bewiesen, dass in den offiziellen sowjetischen Dokumentensammlungen, nämlich im sechsbändigen Werk «Geschichte des Grossen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion» (in deutscher Uebersetzung 1962) und im mehrbändigen Werk «Die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der UdSSR (Bd. II: 1939—1945), weder auf den Grenz- und Freundschaftsvertrag noch auf die gemeinsame Regierungserklärung vom 28. September 1939 Bezug genommen wird. Der Nichtangriffspakt vom 23. August, freilich ohne das Zusatzprotokoll («Teilungsvertrag»), wird in allen historischen Werken erwähnt und gleichzeitig mit der Interpretation entstellt, dass die Sowjetunion damit Zeit gewinnen wollte

und dass sie dazu wegen des englisch-französischen Verrats (!; die beiden Mächte hatten nach dem Einmarsch Hitlers in Polen den Krieg gegen Deutschland aufgenommen) dazu gezwungen war.

Der 28. September 1939 bleibt aber selbst in sowjetischer Sicht offenbar das Datum eines so unverzeihbaren Verrates, dass man nicht einmal den Versuch unternimmt, die sowjetische Politik reinzuwaschen. Man zieht es vor, diesen Akt der «friedliebenden und neutralen» Sowjetpolitik überhaupt totzuschweigen.

*

Blickt man auf die heutige Karte Polens und vergleicht man diese mit den im Geheimprotokoll vom 23. August und im Grenz- und Freundschaftspakt vom 28. September festgelegten östlichen Staatsgrenzen, so sieht man sofort, dass die Sowjetunion die durch den Hitler-Stalin-Pakt erworbenen polnischen Gebiete mit dem Segen der Siegermächte behalten konnte (natürlich unter Berufung auf die Curson-Linie). Wie darüber hinaus auffällt, stützen sich Stalins Eroberungen im Baltikum ebenfalls auf die Bestimmungen des Geheimprotokolls vom 23. August 1939. Artikel 1 dieses Protokolls erklärte nämlich Estland und Lettland als Interessensphäre der Sowjetunion, während Litauen in die Interessensphäre Hitlerdeutschlands verwiesen wurde. Die Sowjetunion erhielt also als Kriegsbeute nicht nur alle Gebiete, welche ihr Hitler zusicherte, sondern darüber hinaus noch weitere Territorien und liess sich als Befreier der unterdrückten Völker feiern.

Historia docet! Nicht die Worte, nicht die feierlichen Erklärungen in bezug auf friedliche Politik sind massgebend, sondern die Taten! Die sowjetische Friedensoffensive von heute wird wesentlich an Wert verlieren, wenn man nach historischen Parallelen in der sowjetischen Geschichte sucht! Laszlo Revesz

geht zuerst durch die ideologischen Filter, welche die wundersame Kraft besitzen, Weiss in Schwarz umzuwandeln, den humanen Traum von Sozialismus in Verrat an Marx, den Freiheitsdrang in imperialistische Verschwörung, das Recht auf Unabhängigkeit in einen bourgeoisen Irrtum. Diese Soldaten sind zum vorneherein davon befreit, selber nachzudenken, zu zweifeln, zu kritisieren oder gar zu entscheiden. Es ist alles zum voraus entschieden — in ihrem Namen. Ihnen bleibt nur noch, den Abzug des Gewehres zu betätigen ...»

■

Unsere Meinung

Zu den Slogans unserer fortschrittlichen Zeit in unserer westlichen Welt gehört die Gleichsetzung «US = SS», oder etwa in zeichnerischer Abwandlung US = Hakenkreuz, wie man es anlässlich der Westmoreland-Demonstrationen beispielsweise auch an unserm Bundeshaus bewundern durfte.

Nun soll man solche Meinungsäusserungen nicht einfach der Verachtung empfehlen, nein, das

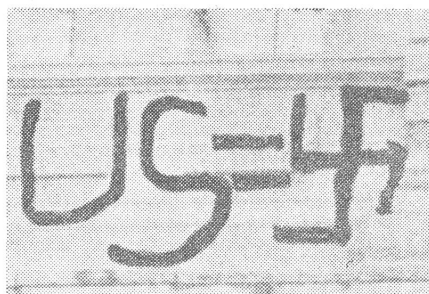
wäre ja wieder typisch arroganter Hochmut des Establishments, nein, man soll sich mit diesen progressiven Gedankengängen in positiver Diskussion auseinandersetzen. Wohlan, tun wir es:

Was die Amerikaner beispielsweise mit Bombardierungen in Vietnam tun, ist, schlimmstenfalls für sie, das gleiche, was sie während des Weltkrieges in Deutschland taten, als die Fliegenden Festungen die Wohnquartiere von Städten zerstören und Tausende von Zivilisten umkamen. Der Grossangriff auf Dresden war hier das furchtbarste Beispiel.

Kann man jetzt aber diese Kriegsführung dem gleichsetzen, was Hitlers Regime tat? Mit seinen Konzentrationslagern, mit dem Ausrotten der «Andersrassigen», mit der Gleichschaltung oder Liquidierung der Andersdenkenden, mit allen Verbrechen, die dem Nationalsozialismus systemeigen waren. Kann man das eine dem andern gleichsetzen?

Aber ja, man kann es, und man tut es. Aber wer ist hier «man»? Das sind die ehemaligen Henker Hitlers, die ihre Vergangenheit mit dem Hinweis auf die Untaten des Feindes reinwaschen wollen. Das sind die belasteten oder altershalber noch unbelasteten Anhänger des Naziregimes,

die in einer solchen Gleichsetzung eine moralische Basis für ihre zukünftige politische Aktivität schaffen wollen. Das sind die braunen Kreise, die seit Kriegsende nie aufgehört haben, inhaltlich den Satz «US = SS» vorzuprägen. Die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher, die Gestapoleute, die alten und die neuen Nazis. Unsere progressiven Antiamerikaner machen das mit. Sie befinden sich in der ihnen entsprechenden Gesellschaft. ch



US = Hakenkreuz oder Dresden = Dachau. Die Gleichsetzung ist das Wahrzeichen aller Argumentation — der Nazis.